

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgirotasse Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Rorichsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaaltene 35 mm breite Beizeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 61

Bad Schandau, Montag, den 14. März 1927

71. Jahrgang

Zur eilige Leser.

* Die französischen Behörden werden dem Ersuchen der Berliner Staatsanwaltschaft stattgeben und den in Paris verhafteten Bandendirektor Kuhnert ausliefern. Sein Eintreffen in Berlin wird noch in dieser Woche erwartet. Gegen Kuhnert wird vorläufig nur Anklage wegen Beamtenbestechung erhoben werden.

* Die Berliner Kriminalpolizei hat jetzt auch den dritten und letzten der Dahlemer Banderolendiebe verhaftet. Es handelt sich um einen 34 Jahre alten, aus Schlesien gebürtigen Karl Spang, der unter dem Spitznamen „Otto“ bekannt war. Spang war im vorigen Jahre aus dem Brandenburger Zuchthaus entwichen.

* Wie aus Bialystok gemeldet wird, wurde dort ein großer Bestechungskandal aufgedeckt. 40 Personen wurden verhaftet. Hohe militärische Beamte hatten sich dauernd von militärisch-tätigen Personen bestechen lassen und diese vom Militärdienst befreit.

* Wie aus Moskau berichtet wird, hat Professor Weinberg in Leningrad ein Instrument erfunden, mit dessen Hilfe es möglich ist, die Sonnenstrahlen in Energie umzuwandeln. Mit dem Instrument soll bereits eine Kraft von 100 PS erzeugt worden sein. (?)

Um Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Von Dr. S. Kopisch-Stettin

In der amerikanischen maßgebenden Öffentlichkeit ist schon seit längerer Zeit eine Erörterung über die Revision des Dawes-Planes entstanden, teils aus der Erkenntnis geboren, daß Deutschland die Normalannuität von 2,5 Milliarden nicht werde aufbringen können, teils hervorgerufen durch die Zweifel an der Transfermöglichkeit des Gegenwertes dieser gewaltigen Summen in Waren. Einflußreiche Führer der amerikanischen Wirtschaft, gute Kenner und aufmerksame Beobachter Deutschlands sind aus diesen Gründen für eine Neuregelung des Reparationsproblems eingetreten. Auch mag hierbei die Befürchtung um die Sicherheit und Vorzugsstellung der amerikanischen privaten Forderungen von erheblichem Einfluß gewesen sein.

In allerjüngster Zeit hat nun der Präsident der Ersten Nationalbank in Los Angeles, Robinson, in einer allgemeinen Aufmerksamkeit erregenden Untersuchung „Kann Deutschland zahlen“ den entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Robinson versucht allerdings nicht die Lösung der Transferfrage, sondern behauptet die erste Voraussetzung des Dawes-Planes — die Zahlungsfähigkeit Deutschlands — ohne Einschränkung. Er begründet seine Auffassung vornehmlich mit der gestiegenen wirtschaftlichen Lage Deutschlands und dem angeblichen Wegfall der beträchtlichen Militärlasten, welche wir vor dem Kriege zu tragen hatten. 1913 habe Deutschland 1,7 Milliarden derartige Ausgaben gehabt, auch seien durch die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht 1/2 Millionen arbeitsfähige Männer frei geworden, die zur Vermehrung der Produktion beitragen können.

Diesen Ausführungen, welche trotz der prominenten Stellung des Verfassers wenig Sachkenntnis, ja sogar eine völlige Verkenntnis unserer Arbeitsmarktlage beweisen, muß unbedingt entgegengetreten werden. In welchem Verhältnis stehen zunächst die Militärlasten vor und nach dem Kriege? Es ist nun allerdings nicht von dem Jahre 1913 auszugehen, das infolge des Balkankrieges und des Rüstungsfiebers in Rußland und Frankreich eine einmalige Mehrbelastung von rund 500 Millionen brachte; vielmehr müssen die Verhältnisse des Jahres 1912 zu Grunde gelegt werden, das einen Militäretat von etwa 1,2 Milliarden aufweist. Nun scheint Herr Robinson nicht zu wissen, daß wir auch heute ein wenn auch kleines Heer haben, und zwar ein uns aufzuzehrendes Berufsheer, welches unvergleichlich teurer ist als das früher auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht bestehende. Dieses unfreiwillige Berufsheer erfordert 750 Millionen und die Versorgung der Kriegssopfer 1 Milliarde 470 Millionen gegenüber 220 Millionen vor dem Kriege. In Wirklichkeit sind also unsere Militärlasten wesentlich höher als vor dem Kriege; anstatt einer Entlastung von 2 1/2 Milliarden, welche Herr Robinson gefunden zu haben glaubt, besteht eine fast gleich hohe Belastung.

Völlig unhaltbar ist fernerhin die Annahme eines Produktionsvorsprungs, den der amerikanische Bankier in der Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht zu erblicken glaubt. Die Friedensstärke unserer stehenden Truppe betrug einschließlich der Marine vor dem Kriege etwa 640 000 Mann, die Arbeitslosigkeit zwischen 2—300 000 Menschen, welche mehr die notwendige industrielle Reservearmee als den heutigen Arbeitslosentyp darstellen. Gegenwärtig weisen unser Heer und unsere Marine 110 000 Mann auf, so daß mehr als 1/2 Million Arbeitskräfte theoretisch frei geworden, praktisch aber in den 1 1/2—2 Millionen Arbeitslosen zu finden sind, die im letzten Jahre eine steuerliche Mehrbelastung von 1,8 Milliarden erforderten. Hinzu kommt, daß der Sozialetat von 1,4 Milliarden 1913 auf 2,3 Milliarden im Jahre 1925 angeschwollen ist. Diese Ziffern bedeuten keinen Luxus, sondern verdeutlichen die Folgen einer Inflation, die als gar nicht abzuschätzendes Passivum Millionen arm und Hunderttausende zu Bettlern gemacht hat. In Amerika gibt die Höhe der Löhne den Arbeitern die Möglichkeit, sich privat ohne staatlichen Zwang und öffentliche Beihilfe zu versichern, um Krisenzeiten zu überwinden. Deutschland kann gerade mit Rücksicht auf die Reparationen derartige Löhne nicht zahlen, will es seine Exportfähigkeit nicht von vornherein vernichten. Herr Robinson hofft auch auf eine außerordentliche Steigerung, welche die deutsche Ausfuhr unter der Reparationsbelastung erfahren müßte. Nun, davon ist noch nichts zu merken; im Gegenteil weist unsere Außenhandelsbilanz im Dezember 1926 einen Ein-

fuhrüberschuß von 227 Millionen, im Januar 1927 sogar einen solchen von 295 Millionen auf.

Schließlich findet sich im Auslande, auch in dem Sachverständigen-Gutachten und Berichten des Reparationsagenten die Meinung, das Reich sei ebenso wie die Länder und Gemeinden durch die Inflation in weitestem Maße entschuldet worden, könne also um so leichter die Dawes-Zahlungen aufbringen. Eine nähere Prüfung ergibt aber, daß an die Stelle der durch die Inflation getilgten Schulden neue Verbindlichkeiten getreten sind, welche heute schon die Schulden des Reiches vor dem Kriege übersteigen. Diese betragen 4,7 Milliarden und bedeuteten schon damals eine nicht unbedenkliche Belastung des Etats. Heute beziffert sich die Reichsschuld einschließlich der Aufwendungsverpflichtung auf 4,5 Milliarden und einschließlich der jüngsten Anleihe von 500 Millionen auf rund 5 Milliarden Mark. Hinzu kommt, daß sich diese Verpflichtung infolge ihrer teilweise weit höheren Verzinslichkeit wesentlich schwerer auf das Budget als früher auswirkte.

Die Entscheidungen in Genf

Regelung der oberschlesischen Schulfrage.

Der Kampf um das Saargebiet.

Der Völkerbundrat hat am Sonnabend die oberschlesische Schulfrage erledigt. Es handelt sich dabei, wie aus dem Bericht des kolumbischen Ratmitgliedes Urrutia hervorgeht, um eine Lösung, die lediglich eine einverständliche Regelung für die gegenwärtig umstrittene Frage der Schulzugehörigkeit bringen will und soll. Im Interesse der jetzt des Unterrichts beraubten Kinder und der durch Zwangsmaßnahmen betroffenen Eltern soll dadurch ein Weg geschaffen werden, um die sofortige Ein-schulung der Kinder herbeizuführen. Eine schnell funktionierende oberste Entscheidungsstelle soll für alle etwa noch vorliegenden Streitfälle geschaffen werden. Das bereits im wesentlichen bekannte Verfahren läuft darauf hinaus, Kinder mit deutscher wie auch solche mit doppelter Sprache, soweit die Eltern das wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichts gegeben ist, Minderheitsschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präsidenten Calonder, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird. Im Schlußsatz betont der vom Rat genehmigte Bericht, daß es sich lediglich um eine Sondermaßnahme zur Regelung eines durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 nicht vorgesehenen Falles handelt, daß aber das vorgeschlagene Verfahren „in keiner Weise dahin ausgelegt werden dürfe, als umfasse es eine Abänderung der Bestimmungen dieser Konvention“. Auf diese Tatsache wies Reichsminister Dr. Stresemann in einer von ihm abgegebenen Erklärung hin.

Alsdann begann der Rat mit der Frage der Einrichtung des Bahnschutzes im Saargebiet.

Zunächst trug Scialoja den Bericht der Saarregierung vor, die mit vier gegen eine Stimme folgendes beantragt hat:

1. Einführung einer Eisenbahnlinienkommision von 100 Personen und eines internationalen militärischen Eisenbahnschutzes von 800 Personen, über die die Saarregierung im Einvernehmen mit den zivilen und militärischen Rheinlandsbehörden zu verfügen hat.

2. Zulässigkeit der Verbringung der beiden in Forbach und Saargemünd stehenden französischen Bataillone.

3. Hoffnung, daß nach Durchführung dieser Vorschläge die französische Regierung die derzeit im Saargebiet stehenden Truppen abberufen werde.

Der Kanadier Stephens, der noch Präsident der Saarregierung ist, empfahl auch seinerseits die Annahme dieses Vorschlages.

Nach den Ausführungen von Stephens verlas Dr. Stresemann eine sorgfältig formulierte Erklärung, die darin gipfelte, dem Völkerbund verschiedene Zusätze zu den vorliegenden, von Scialoja begründeten und von Stephens erörterten Vorschlägen nahezu legen. Es handelt sich um folgende vier Punkte:

1. Abzug der Truppen zu einem festen in Genf bestimmten Termin.

2. Herabsetzung der Zahl der Bahnschutztruppen auf ein vernünftiges Maß von einigen hundert Mann.

3. Festlegung des internationalen Charakters der zu schaffenden Sonderformation.

4. Festlegung der Bestimmung, daß die Bahnschutztruppen nur unter außerordentlichen Umständen Befugnisse gegenüber der Bevölkerung erhalten.

Der Reichsminister begründete diese Erfordernisse damit, daß die Schaffung einer besonderen Bahnschutztruppe im Verfall der Vertrag nicht vorgesehen sei und deshalb gegenüber ihrer Schaffung ein *Reservorbehalt* zu machen sei. Die deutsche Regierung würde jedoch diese Frage nicht zum Anlaß nehmen, um prinzipielle Grund-

Es ist also von Grund aus verfehlt, aus den vor 15 Jahren herrschenden Verhältnissen Folgerungen auf die heutige deutsche Entwicklung und Zahlungsfähigkeit zu ziehen. Es bleibt ein Wunder, wie wir trotz dieser erhöhten Belastung in allen Zweigen des Etats und der dauernden Passivität unserer Handelsbilanz die Milliarden-Verpflichtungen der letzten Jahre erfüllen konnten. Seine Erklärung ist die durch unsere Auslandsverschuldung hervorgerufene hochgeborgte aktive Zahlungsbilanz. Wir haben also mit neuen Schulden unsere Reparationsleistungen beglichen. Diese bei weitem nicht überall erkannte Tatsache täuscht noch weite Kreise des In- und Auslands über unsere Zahlungsfähigkeit, so daß es endlich an der Zeit scheint, mit der Schuldenaufnahme Schluss zu machen und der Welt unsere wahre Leistungsfähigkeit zu zeigen. Mögen die hieraus zunächst entstehenden Folgerungen wirtschaftlich bedenklich erscheinen, sie werden letzten Endes überzeugen und um so schneller zu einer Revision unserer Verpflichtungen führen müssen.

lage zum Austrag bringen zu lassen, und sich mit dem Kompromiß abfinden, wenn den vorerwähnten Forderungen Rechnung getragen werden könnte.

Der Reichsminister, der sich gegen jede Vertagung der Frage ausgesprochen hatte, richtete in seinem Exposé, das den deutschen Standpunkt zu den einzelnen Fragen des Völkerbundes begründete, an den Völkerbundrat die Bitte, den Bericht und seine Einwände vielleicht im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Regierungskommission zu prüfen und festzustellen, ob alle diese Fragen hinreichend geklärt sind, ob nicht vielmehr ein *Mißverhältnis* zwischen der vorgesehenen Zahl der Schutztruppe und dem von Scialoja selbst unterstrichenen Bedürfnis nach Erleichterung der Wohnungsfrage bestehe.

Dr. Stresemann wies dann weiter auf die *Schärfe* *Unter-scheidung* hin, die der Versailler Vertrag selbst für besetztes Gebiet, das einer interalliierten Behörde unterstehe, und für das Saargebiet, das dem Völkerbund mit seinen 56 Mitgliedern unterstehe, macht: „Der Völkerbund besteht aus Nationen, die nicht nur unsere ehemaligen Kriegsgegner umfassen.“ Er wolle jedoch keinen fixierten Antrag stellen, wie auch der Bericht Scialojas das nicht getan habe, während der Präsident der Regierungskommission lediglich die Prüfung des Vorschlages empfohlen habe. Er schlug deshalb als Diskussionsbasis die oben erwähnten vier Punkte vor, die er diesmal im Gegensatz zu seinen früheren in deutscher Sprache gemachten Ausführungen in französischer Sprache formuliert verlas, und schloß mit dem Hinweis darauf, daß er sich auch bei diesem Vorschlag in einer schwierigen Situation befinde und keinen Instruktionen seiner Regierung, sondern nur seinem Gewissen folge, ebenso, wie das in der oberschlesischen Schulfrage geschehen sei.

Dem ihm seien praktische Lösungen wichtiger als theoretische Bedenken, wie er sie im gegenwärtigen Fall gegenüber der Schaffung des Bahnschutzes selbst, für den der Versailler Vertrag keine Rechtsbasis abgibt, zurückgestellt habe. Er appellierte dann an das allseitige Interesse, das für die Schaffung einer Grundlage zu einer einmütigen Erklärung des Rats bestehe. Die Fortsetzung der Verhandlung wurde nach der Übersetzung der Ausführungen des Reichsaußenministers in die englische und französische Sprache unterbrochen.

Regelung der Saarfrage.

800 Mann französischer Bahnschutz.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde schließlich der folgende Vorschlag der Regierungskommission des Saargebiets einstimmig angenommen:

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Regierungskommission vom 18. Februar bezüglich der Frage der Transport- und Transitfreiheit auf den Eisenbahnen des Saargebiets. Die von der Regierungskommission vorgeschlagene Organisation wird innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten verwirklicht, und insoweit als die im Saargebiet stationierte Truppe innerhalb der gleichen Frist zurückgezogen. Der Bahnausschuß ebenso wie die Bahnschutztruppe werden unter dem Befehl der Regierungskommission gestellt und ihr verantwortlich sein. Die Bahnschutztruppe wird ihre Befugnisse gegenüber der Bevölkerung nur bei außergewöhnlichen Umständen ausüben dürfen. Der Bestand von 800 Mann, der für diese Truppe angegeben ist, stellt die Höchstziffer dar. Sollte die Regierungskommission zur Auffassung gelangen, daß eine Verminderung dieser Zahl möglich ist, wird sie die zu diesem Zwecke notwendigen Maßnahmen treffen können, ohne sich vorher mit dem Rat in Verbindung zu setzen.

Verlängerte Amtsdauer der Saarregierung.

Der Völkerbund hat ferner in einer nicht öffentlichen Sitzung die Amtsdauer der jetzigen Mitglieder der Saar-